

Erklärung des Rates der Stadt Bochum vom 29. Januar 2004

Vor 66 Jahren brannten in Bochum und in Wattenscheid wie im gesamten damaligen Reich die Synagogen, zerstört von einem verbrecherischen und menschenverachtenden Regime.

Die Geschichte mahnt und verpflichtet uns, dass sich dies niemals wiederholen darf.

Eines unserer elementaren Anliegen war und ist es, unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bei der Errichtung eines neues Gotteshaus in Bochum zu helfen.

Umso mehr sind wir erschüttert, entsetzt und empört über die Demonstration, die offensichtlich Unbelehrbare gegen den Neubau dieser Synagoge planen.

Das muss auf die entschiedene Ablehnung und Ächtung aller demokratischen Kräfte stoßen!

Der Rat der Stadt Bochum ist sich daher mit allen demokratischen Kräften einig, sämtliche politischen und rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, antisemitische und menschenverachtende Aktivitäten in unserer Stadt zu unterbinden.

Damit bekräftigen wir nachdrücklich den Wunsch und den Willen, die neue Synagoge in Bochum zu bauen und setzen so erneut ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt.

Das gilt für alle Demokraten: Bochum sagt NEIN zum Rechtsradikalismus!